

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. Februar 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

In der vergangenen Woche fanden weiterhin Kämpfe zwischen Taliban und Regierungstruppen, Taliban und IS-Kämpfern sowie zwischen Gruppen Aufständischer untereinander statt. Besonders betroffen waren die Provinzen Helmand, Zabul (Süden), Kapisa, Nangarhar (Osten), Balkh, Jawzjan (Norden), Kunduz, Baghlan, Takhar und Badakhshan (Nordosten).

Gezielte Anschläge und Übergriffe

Am 15.02.16 wurden ein Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und ein Zivilist in Nimroz (Süden) und ein Geistlicher in Jalalabad (Hauptstadt von Nangarhar) erschossen.

Am 17.02.16 starben bei einem Bombenanschlag vor einer Bank in Maimana (Hauptstadt der Provinz Faryab, Norden) zwei Zivilisten, zwölf weitere wurden verletzt.

Am 18.02.16 griff ein Sonderkommando der Armee auf der Suche nach Aufständischen eine Klinik des Swedish Committee for Afghanistan in der Provinz Maidan Wardak (Zentrum) an. Dabei sollen zwei Patienten und ein Pfleger ums Leben gekommen sein. In Nimroz (Süden) wurde die Leiche eines jungen Mannes gefunden, der vor drei Wochen entführt worden war. Er soll der Bruder eines Distrikts-Polizeichs gewesen sein. Einwohner der Provinz beklagen, dass sich Entführungsfälle häuften. Auch in der Provinz Ghazni (Südosten) wurden am 16.02.16 fünf einheimische Mitarbeiter des IKRK entführt und nach Tagen wieder freigelassen.

Am 19.02.16 wurde ein Offizier des afghanischen Geheimdienstes in Khost (Osten) bei einem Bombenanschlag getötet.

Am 20.02.16 starben mindestens fünf Zivilisten bei zwei Bombenanschlägen in der Provinz Paktika.

Am 21.02.16 wurden in der Provinz Logar (Zentrum) vier Stammesälteste entführt. Die Taliban bestreiten eine Beteiligung.

Rekrutierung von Kindersoldaten durch Taliban

Nach Erkenntnissen der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch rekrutierten die Taliban im vergangenen Jahr vermehrt Kindersoldaten. Allein in der Provinz Kunduz seien 2015 mindestens 100 Kinder im Alter von 13 bis 17 Jahren rekrutiert und in Kämpfen eingesetzt worden. Die Kinder kommen aus Koranschulen in den Provinzen Kunduz, Takhar und Badakhshan (Nordostafghanistan). In den Jahren 2013 bis 2014 konnten die Taliban ihren Einfluss in Teilen dieser Provinzen ausbauen und hier Soldaten ausbilden, anstatt sie, wie früher üblich, nach Nord-Waziristan in Pakistan zu senden. HRW listet zahlreiche Fälle auf, in denen Taliban-Kommandanten aus Kunduz Kinder für ihre Kampfgruppen rekrutierten und sprach mit Eltern, die erfolglos versuchten, ihre Kinder zurückzubekommen. Viele der Kinder starben bei den Kämpfen um Kunduz. Die afghanische Regierung hingegen forderte die UN auf, Afghanistan von der Liste der Staaten, die Kindersoldaten rekrutieren, zu streichen, nachdem das afghanische Parlament ein Gesetz erlassen hat, das die Rekrutierung von Kindern unter Strafe stellt.

Medienschaffende verlassen Afghanistan

Nach Informationen der Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News haben im vergangenen Jahr 108 Journalisten und Medienschaffende Afghanistan verlassen, um in einem westlichen Land um Asyl zu bitten. In letzter Zeit gab es zahlreiche Anschläge und Drohungen gegen Journalisten.

Pakistan

351 Exekutionen in 14 Monaten

Seit der Aufhebung des Moratoriums für Todesstrafen im Dezember 2014 wurden 351 Menschen hingerichtet. Nach Berichten von Menschenrechtsorganisation stehe Pakistan damit an dritter Stelle der Länder mit den meisten Exekutionen, nach China und dem Iran. Unter den Hingerichteten sollen auch Jugendliche und Menschen mit geistiger Behinderung gewesen sein. Die Verfahren seien zum Teil nicht fair gewesen.

Irak

Geiselnahme in Falluja

Stammeskämpfer haben die am 19.02.16 begonnenen Gefechte gegen den IS in Falluja eingestellt, nachdem der IS Angaben der Armee zufolge mehr als 100 Bewohner der Stadt als Geiseln gefangen genommen hatte. Angaben des Verwaltungschefs zufolge soll es sich um rund 60 Gefangene handeln. Die Stämme befürchteten, dass die Geiseln hingerichtet würden.

Weitere Todesurteile

In Bagdad wurden 40 angebliche Anhänger des IS zum Tode verurteilt, da sie in ein Massaker in Tikrit (Provinz Salahaddin) verwickelt gewesen sein sollen.

Tote aufgrund Mangelversorgung

UNHCR zufolge sollen in Falluja (Provinz Anbar), rund 70 Kilometer westlich von Bagdad, mindestens 76 Menschen aufgrund mangelhafter Ernährung und fehlender Medikamente gestorben sein. 65 von ihnen hätten nicht mit den notwendigen Medikamenten versorgt werden können, elf seien durch verdorbene oder ungeeignete Nahrung vergiftet worden. UNHCR zufolge können aufgrund der IS-Kontrolle keine Helfer in die Stadt gelangen. Infolge der Blockade sind - medizinischen Kreisen zufolge - in den vergangenen Wochen rund 200 Menschen gestorben.

Einsatz von Senfgas durch IS

Angaben aus Diplomatenskreisen zufolge hat der IS Senfgas gegen kurdische Kämpfer südlich der kurdischen Stadt Erbil (Provinz Erbil) im Jahr 2015 eingesetzt. Labortests von Proben, die kurdische Kämpfer im letzten August bei einem Gasangriff genommen hatten, sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

Angriff auf PKK-Stellungen im Nordirak

Laut Pressemeldung, die sich auf irakische Medienberichte beruft, hat die türkische Luftwaffe am 17.02.16 Stellungen der kurdischen Arbeiterpartei PKK im Nordirak bombardiert. Es sei unklar geblieben, ob die Luftschläge im Zusammenhang mit dem Terroranschlag am 17.02.16 in Ankara gestanden hätten.

Syrien

Anschläge in Homs und Damaskus/Offensive der Regierungstruppen geht weiter

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte kamen bei der Anschlagsserie am 21.02.16 in der Nähe eines schiitischen Schreins südlich von Damaskus 96 Menschen ums Leben, die syrische staatliche Nachrichtenagentur SANA beziffert die Anzahl der Toten auf mindestens 83. Bei einem Doppelschlag mit Autobomben wurden am 21.02.16 im Alawiten-Viertel der hauptsächlich von syrischen Regierungstruppen kontrollierten Stadt Homs mindestens 59 Personen getötet. Der IS soll sich zu den Taten bekannt haben. Die syrischen Regierungstruppen setzten ihre Offensive in Aleppo fort. Am 21.02.16 soll es ihnen gelungen sein, mit Hilfe russischer Luftangriffe 31 Dörfer im Norden der Provinz vom IS zurückzuerobern.

Verhandlungen über Waffenruhe

US-Außenminister John Kerry kündigte nach einem Telefongespräch mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow an, es sei eine vorläufige grundsätzliche Einigung für eine Waffenruhe in Syrien erzielt worden, die in den nächsten Tagen beginnen könne.

Iran

Musiker verhaftet

In Iran wurden (bereits Mitte November 2015) zwei Musiker einer Heavy Metal Band verhaftet, da sie angeblich satanische Musik produziert hätten. Sie seien Anfang Februar gegen eine Kaution in Höhe von 30.000 Dollar wieder freigekommen und stünden nun kurz vor ihren Prozess. Ihnen könnte ein mehrjährige Gefängnisstrafe oder sogar die Todesstrafe drohen.

Jemen

Weiterhin Kämpfe/Momentan keine weiteren Friedensgespräche geplant

Der UN-Sondergesandte Ismail Ould Cheikh Ahmed, der in den Friedensgesprächen zwischen der jemenitischen Regierung und den Houthi-Rebellen vermitteln sollte, teilte am 17.02.15 im UN-Sicherheitsrat mit, aufgrund der tiefen Spaltung zwischen den beiden Seiten sei es ihm nicht möglich, eine neue Runde von Friedensgesprächen anzusetzen. Er verurteilte die zunehmende Gewalt im Jemen durch Luftangriffe und Gefechte am Boden. Nachdem das islamistische Netzwerk al-Qaida Anfang Februar 2016 die im Süden liegende Stadt Assan eingenommen hatte, konnte es mit der Eroberung der Stadt Ahwar letzte Woche seinen Einflussbereich im Süden Jemens ausdehnen. Am 17.02.16 kamen bei einem Selbstmordanschlag im Camp Ras Abbas im Westen von Aden, zu dem Anschlag sich der IS bekannte, neun (nach anderen Angaben 14) Soldaten ums Leben.

Die jemenitische Regierung und die Houthi-Rebellen hatten sich im Dezember 2015 in der Schweiz getroffen, um unter UN-Vermittlung Konfliktlösungen zu besprechen. Es war zunächst geplant, die Gespräche Mitte Januar 2016 fortzuführen, der Termin wurde jedoch immer wieder verschoben. In dem Konflikt wurden seit März 2015 mehr als 6.000 Menschen getötet, ca. die Hälfte davon Zivilisten.

Türkei

Anschläge

Die türkische Regierung wirft der PKK sowie der YPG vor, den Autobombenanschlag am 17.02.16 in Ankara mit 28 Toten (27 Soldaten und ein Regierungsbeamter) und über 60 Verletzten verübt zu haben. Die YPG ist der bewaffnete Arm der syrischen Kurdenpartei PYD. Inzwischen wurden 22 Verdächtige im Zusammenhang mit dem Anschlag festgenommen. Ziel des Anschlags im Regierungsviertel Cankaya in der Nähe des Parlaments waren Busse der türkischen Armee, die Angehörige der Streitkräfte transportierten. Sowohl die PKK als auch die PYD wiesen bisher die Verantwortung für den Anschlag zurück. Ministerpräsident Davutoglu verwies jedoch auf Informationen und Belege des Innenministeriums und der Geheimdienste. Er blieb auch bei dieser Beurteilung, als sich die kurdische Gruppe Freiheitsfalken Kurdistan (TAK), eine Abspaltung der PKK, am 19.02.16 zu der Tat bekannt hatte.

Die türkische Luftwaffe bombardiert seit dem Anschlag verstärkt Stellungen der PKK im Nordirak und setzt den Artilleriebeschuss von Stellungen der YPG in Syrien fort.

Bei einem weiteren Angriff auf die türkische Armee am 18.02.16 in Lice in der Provinz Diyarbakir wurden mindestens sechs Soldaten getötet. Ziel des Anschlags war nach Angaben der türkischen Streitkräfte ein Konvoi, der auf der Straße nach Sprengsätzen gesucht habe. Auch hierfür soll die PKK verantwortlich sein.

Tunesien

Ausnahmezustand

Der tunesische Staatspräsident Essebsi verlängerte am 21.02.16 den landesweit geltenden Ausnahmezustand um einen weiteren Monat. Der Ausnahmezustand war zuletzt am 24.11.15 wegen eines Terroranschlags in Tunis wieder verhängt worden.

Niger

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Am 21.02.16 fanden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Staatspräsident Issoufou, der sich um eine Wiederwahl bewarb, führte für sich an, dass er das Land bisher weitgehend vor dem Terror der Region geschützt habe. Gegen Issoufou traten 14 andere Kandidaten an. Als aussichtsreichste gelten die früheren Regierungschefs Seyni Oumarou und Hama Amadou. Falls kein Kandidat mehr als 50 % erzielt, kommt es zwischen den beiden Führenden voraussichtlich am 20.03.16 zu einer Stichwahl. Amadou ist seit November 2015 in Haft, weil er an einem Ring von Baby-Schmugglern beteiligt gewesen sein soll. Er nennt die Vorwürfe politisch motiviert.

Sudan

Kämpfe im Bundesstaat Blauer Nil

Nach Angaben eines Sprechers der SPLM-N (Sudan People's Liberation Movement – North, in Sudan aktiver Zweig der südsudanesischen SPLM) schlug die Rebellenorganisation am 20.02.16 einen Angriff der sudanesischen Armee auf die strategisch bedeutsame Region Dschebel Kolgo, 30 km südwestlich von Ed-Damazin, der Hauptstadt des Bundesstaates, zurück. Bei dem eintägigen Kampf sollen 200 sudanesischen Soldaten und mehrere Offiziere getötet worden sein. Die SPLM-N kämpft seit 2011 in Südkordofan und Blauer Nil gegen die Regierung, nachdem eine im Friedensabkommen von 2005 vorgesehene Volksabstimmung, über die Zugehörigkeit der beiden Bundesstaaten zu Sudan oder Südsudan bis dahin nicht stattgefunden hatte.

Südsudan

Kämpfe in Flüchtlingslager

Am 17. und 18.02.16 kamen bei Kämpfen in einem Flüchtlingslager der UNMISS (United Nations Mission in South Sudan), in dem mehr als 47.000 Binnenvertriebene leben, 18 Personen ums Leben, 50 wurden verletzt. Der Sicherheitsrat der UN, die EU und die Troika-Staaten (USA, UK und Norwegen) verurteilten die Gewalttaten in dem Lager bei Malakal (Bundesstaat Upper Nile) und beschuldigten Angehörige der südsudanesischen Regierung der Beteiligung an den Kämpfen, die zunächst zwischen Angehörigen der Ethnien der Shilluk und der Dinka innerhalb des Lagers ausgebrochen waren. Es lägen glaubhafte Berichte vor, dass Bewaffnete in Uniformen der südsudanesischen Armee eingedrungen wären und sich an den Kämpfen beteiligt hätten. In der Region um Malakal kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Shilluk und Dinka um Grundstücks- und Wasserrechte.

Somalia

Sicherheitslage

Am 15.02.16 starb in Mogadischu der Verteidigungsminister der früheren Übergangsregierung, Muhiyadin Mohamed Haji Ibrahim, bei der Explosion einer Autobombe. Die al-Shabaab übernahm die Verantwortung für das Attentat. In der Nacht zum 16.02.16 griffen Kämpfer der al-Shabaab Militär- und Polizeieinrichtungen in der Stadt Afgooye und umliegenden Dörfern in der Region Middle Shabelle an. Dabei kamen mindestens acht Soldaten der somalischen Armee ums Leben. Angaben der al-Shabaab zufolge sollen 35 Soldaten der somalischen Streitkräfte und der AMISOM getötet worden sein. Nach kurzer Zeit

zogen sich die Extremisten wieder zurück. Vermutlich schossen Kämpfer der al-Shabaab am 16.02.16 im Dorf Bulo-Hubey außerhalb von Mogadischu auf das Fahrzeug eines türkischen Bauunternehmens. Dabei töteten sie mindestens eine Person. Unbekannte versuchten am 18.02.16 den Minister für Soziales der Regionalverwaltung von Jubaland mit einer Autobombe zu töten. Die Bombe wurde jedoch entdeckt. Am 18.02.16 griffen al-Shabaab-Kämpfer einen Konvoi der AMISOM nahe der Ortschaft Mararey (Region Lower Shabelle) an. Nach Angaben der AMISOM kam es nicht zu Verlusten. Bei einer Sicherheitsoperation in den Bezirken Hiliwa und Yakshid in Mogadischu nahm der Geheimdienst NISA (National Intelligence and Security Agency) am 18.02.16 ca. 300 Personen unter Terrorismusverdacht fest. Nachdem die Betroffenen vernommen worden waren, wurden bis auf 26 alle wieder auf freien Fuß gesetzt.

Angeblicher Spion hingerichtet

Ein Gericht der al-Shabaab soll in der Ortschaft Eel Warre nahe der Stadt Bulo-Barde (Region Hiiran) am 16.02.16 einen Mann zum Tod verurteilt haben, der beschuldigt worden war, für die somalische Regierung und die AMISOM spioniert zu haben. Das Urteil wurde durch Erschießen vollzogen.

Nigeria

Rund 500 Geiseln aus der Gewalt der Boko Haram befreit

Am 17.02.16 gab das Armeehauptquartier bekannt, dass im Bundesstaat Borno in den beiden Local Government Areas Bama und Dikwa 195 Geiseln aus der Hand der Terroristen befreit wurden. Einen Tag vorher hatte Militärsprecher Sani Usman berichtet, dass Soldaten auf der Suche nach Verstecken der Boko-Haram im Bundesstaat Borno 13 Ortschaften in den beiden Local Government Areas Mafa und Dikwa durchkämmen haben. Hierbei wurden fünf Terroristen getötet und 350 Geiseln befreit, darunter fünf Mädchen aus Kamerun.

Verlängerung des Niger-Delta-Amnestieprogramms um zwei Jahre

Am 15.02.16 gab der Sonderberater des Staatspräsidenten für das Niger-Delta und Koordinator des Niger-Delta-Amnestieprogramms, der frühere General Paul Boroh, bekannt, dass das Programm um zwei Jahre bis Ende 2017 verlängert wird. Bisher haben von den 30.000 ehemaligen Militanten des ölreichen Niger-Deltas, die in das 2009 begonnene Amnestieprogramm aufgenommen wurden, erst rund 17.300 eine Ausbildung erhalten. Zum Amnestieprogramm vgl. BN v. 18.01.16.

DR Kongo

Eintägiger Generalstreik ohne Ausschreitungen

Ein landesweiter Generalstreik ohne bekannt gewordene Ausschreitungen brachte am 16.02.16 das öffentliche Leben in vielen Städten der DR Kongo, darunter Kinshasa und Goma, zum Erliegen. Der Streik richtete sich gegen eine von der Opposition befürchtete Verschiebung der für November 2016 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen aus technischen Gründen (Aktualisierung des Wahlregisters). Dies hätte eine Verlängerung der im Dezember 2016 endenden Amtszeit von Staatspräsident Kabila zur Folge. Zum Streik hatten die meisten großen Oppositionsparteien, darunter die UDPS sowie die Parteienkoalition G7, aufgerufen. In der ostkongolesischen Metropole Goma sollen laut Angaben der Aktivistengruppe Lucha sechs ihrer Mitglieder in der Nacht des 15.02.16 verhaftet worden sein, als sie Flugblätter zur Verteilung während des Streiks vorbereiteten.

Kamerun/Nigeria

162 Boko-Haram-Kämpfer getötet

Laut Angaben des kamerunischen Ministers für Kommunikation vom 15.02.16 wurde im Rahmen einer vom 11.-14.02.16 dauernden Militäroperation unter Führung der kamerunischen Streitkräfte die auf nigerianischem Staatsgebiet befindliche und bisher von der Boko Haram besetzte Grenzstadt Goshi zurückerobert. Hierbei wurden 162 Boko-Haram-Kämpfer getötet und etwa 100 Geiseln befreit. Die

Militäraktion wurde von den kamerunischen Streitkräften als Teil der 2015 aufgestellten multinationalen Eingreiftruppe zur Bekämpfung der Boko Haram mit Unterstützung der nigerianischen Armee durchgeführt.

Kamerun

Boko Haram: Mindestens 24 Tote bei Selbstmordanschlag auf Markt

Am 19.02.16 gegen 08:30 Uhr zündeten zwei als Händlerinnen verkleidete junge Selbstmordattentäterinnen ihre mitgeführten Sprengsätze auf dem Markt des an der Grenze zu Nigeria gelegenen Ortes Meme, Region Extrême-Nord. Hierbei wurden mindestens 24 Menschen getötet und 112 verletzt. Der Anschlag wird der Terrororganisation Boko Haram zugeschrieben.

Zentralafrikanische Republik

Touadéra gewinnt Stichwahl um Präsidentenamt

Wie die nationale Wahlbehörde am 20.02.16 mitteilte, gewann Faustin Archange Touadéra die Stichwahl um das Präsidentenamt vom 14.02.16. Der unabhängige Kandidat erzielte 63% der Wählerstimmen. Sein Gegner Anicet Georges Dologuélé (Union pour le Renouveau Centrafricain – URCA), der im ersten Wahlgang am 30.12.15 siegreich gewesen war, sprach von Wahlbetrug, nahm das Wahlergebnis jedoch an. Internationale Wahlbeobachter berichteten von einzelnen Unregelmäßigkeiten, die allerdings keinen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt hätten.

Uganda

Amtierender Präsident gewinnt Präsidentenwahlen

Der seit 1986 amtierende Präsident Ugandas, Yoweri Kaguta Museveni (Regierungspartei National Resistance Movement – NRM), gewann die Präsidentenwahlen vom 18.02.16 vor sieben weiteren Kandidaten mit 60% der abgegebenen Stimmen. Kizza Besigye (Forum for Democratic Change – FDC), sein aussichtsreichster Rivale, erzielte 35%. Letzterer wurde am 15.02.16 bei einem Protestmarsch seiner Unterstützer in der Hauptstadt Kampala vorübergehend festgenommen. Mindestens ein Mensch wurde getötet. Am Wahltag wurde Besigye erneut vorübergehend festgenommen, als er im Kampala ein Gebäude betreten wollte, in dem nach Darstellung der Opposition Wählfälschungen vorgenommen werden sollten. Seit seiner Festnahme am 19.02.16 anlässlich eines Treffens mit Führungsmitgliedern seiner Partei in deren Hauptquartier in Kampala steht Besigye unter Hausarrest. Der Zugang zu sozialen Medien ist seit dem Wahltag unterbrochen. Internationale Wahlbeobachter kritisierten u.a. die mehrstündigen Verspätungen, mit denen Wahllokale insbesondere in Hochburgen der Opposition öffneten, sowie die Verletzung demokratischer Standards. Die Opposition sprach von Wahlbetrug.

Kosovo

Wiederholt Proteste und Attacken

Tausende Anhänger der drei führenden Oppositionsparteien haben am 17.02.16, dem 8. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung von Serbien, in Prishtina erneut gegen die Regierung protestiert. Die Demonstranten forderten deren Rücktritt und die Ausschreibung vorgezogener Parlamentswahlen binnen zehn Tagen. Die Demonstration verlief insgesamt friedlich. Am 19.02.16 kam es zum wiederholten Male zu Tränengasattacken im Parlament. Die Opposition protestiert so gegen ein von der EU vermitteltes Abkommen zwischen Kosovo und Serbien, das eine begrenzte Autonomie für die serbische Minderheit vorsieht.

Bosnien und Herzegowina

EU-Beitrittsantrag

Am 15.02.16 reichte die bosnische Regierung den offiziellen Beitrittsantrag zur EU ein. Bosnien war bisher neben Kosovo das einzige Land des Westbalkans, das sich noch nicht formell um einen Beitritt beworben hat.

Mehr als zwei Jahrzehnte nach Kriegsende ist die ethnische Spaltung tiefer statt geringer geworden. Notwendige Reformen wurden nicht umgesetzt. Die politische, wirtschaftliche und soziale Lage ist anhaltend schlecht. Dennoch hat die EU den Beitrittsantrag angenommen, er soll die Politiker unter Reformdruck setzen und der Bevölkerung eine Perspektive aufzeigen. Viele hoffen auf ein Beschäftigungswachstum. Bei über 30 % Arbeitslosigkeit ist das Migrationspotential sehr hoch.

Albanien

Verstärkter Kampf gegen Korruption

Um die Bestechlichkeit bei Polizeibeamten zu bekämpfen setzt Albanien nun sogenannte Körperkameras ein. Die in die Westen der Polizei eingearbeiteten Kameras sollten deren Arbeit transparenter machen. Außerdem laufen gegen rund 2.000 Beamte derzeit Straf- und Disziplinarverfahren.

Russische Föderation/Nordkaukasus

IS-Anschlag in Dagestan

Bei einem mutmaßlichen Selbstmordanschlag in der russischen Nordkaukasusrepublik Dagestan sind am 15.02.16 zwei Polizisten getötet und mindestens zwölf Personen zum Teil schwer verletzt worden. Polizisten hätten ein Auto an einem Kontrollpunkt nahe der Ortschaft Jemikent im Süden Dagestans angehalten, als das Fahrzeug explodiert sei, teilten die Sicherheitsbehörden mit. Man gehe von einem Selbstmordattentäter aus. Zu der Tat bekannte sich die Terrormiliz IS im Namen der Provinz Kaukasus. Die Moskauer Sicherheitsbehörden schätzen, dass sich mehr als 2.000 russische Staatsbürger dem IS in Syrien und im Irak angeschlossen haben und befürchten weitere Terroranschläge durch Rückkehrer.

Ukraine

Regierungskoalition ohne Mehrheit

Nach dem am 18.02.16 erfolgten Austritt der Fraktion der Partei Samopomitsch (Selbsthilfe) aus der proeuropäischen Koalition von Ministerpräsident Arseni Jazenjuk hat das seit Ende 2014 bestehende Regierungsbündnis seine Mehrheit im Parlament verloren. Bereits am 17.02.16 hatten die Partei Batkiwschtschyna (Vaterland) von Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und im September 2015 die Radikale Partei die Regierung verlassen. Wenn innerhalb von 30 Tagen keine neue Regierungsmehrheit zustande kommt, sind Neuwahlen möglich. Jazenjuk wird von seinen Kritikern vorgeworfen, Reformen zu verschleppen und zu wenig gegen die Korruption zu unternehmen.

Indien

Zehn Tote bei Gewalt zwischen Kasten in Nordindien

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Kasten haben im Norden Indiens mindestens zehn Menschenleben gefordert. Zudem seien etwa 150 weitere Menschen verletzt worden, teilte die Polizei im Bundesstaat Haryana am 21.02.16 mit. Bereits seit Tagen protestieren Angehörige der Jat-Kaste in den Distrikten Rohtak, Jhajjar und Bhiwani. Sie fordern eine Quotenregelung auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich. Die Quotenregelungen wurden in Indien eingeführt, um die traditionelle Benachteiligung vor allem der sogenannten Unberühmbaren zu überwinden. Die Regierung lehnt Privilegien für die Jats – die in Haryana fast ein Drittel der Bevölkerung stellen – jedoch ab, da sie laut Hinduismus zur

angesehenen Kriegerkaste gehören und daher auch nicht sozial benachteiligt wären. Gespräche zwischen Regierungsvertretern und Vertretern der Kaste blieben bislang ohne Ergebnis.

Bolivien

In Bolivien nehmen die politischen Spannungen vor dem Referendum über die Amtszeit von Präsident Morales zu: So geriet eine Protestaktion am 17.02.16 in El Alto außer Kontrolle, in dessen Folge sechs Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei einem von Demonstranten gelegten Feuer getötet wurden.

Am 21.02.16 stimmten die Bürger Boliviens über eine Verfassungsänderung ab, ob dem bis 2019 gewählten Morales die Möglichkeit zu einer Wiederwahl bis zum Jahr 2025 eröffnet werden soll. Kritiker werfen Morales autoritäre Tendenzen vor. Der frühere Kokabauer regiert seit 2006 und ist der erste indigene Präsident des Landes.